

Führung und Verantwortung deutscher Sicherheitspolitik

4. Sicherheitsdialog der Gesellschaft für Sicherheitspolitik in Berlin

Peter E. Uhde

Der Vorschlag von Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer, in Nordsyrien eine internationale Sicherheitszone einzurichten, hat den Fokus der sicherheitspolitischen Debatte wieder darauf gelegt, dass Deutschland eine andere Rolle in der Welt spielen sollte als heute. Bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 haben die damaligen Politiker, Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerien von der Leyen, gefordert, dass Deutschland mehr Verantwortung übernehmen müsse. Von München bis heute stellt sich eine Frage immer wieder: Muss, wer mehr Verantwortung übernimmt, auch zu mehr Führung bereit sein? Damit ist das Thema des Sicherheitsdialogs 2019 umschrieben, und im Kleingedruckten steht dann: Deutschlands ungeklärte sicherheitspolitische Rolle.

Profiteur des Umbruchs

Der Vizepräsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik und ehemalige Präsident



Johannes Varwick bei seiner Begrüßung

der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Kersten Lahl, Spiritus Rector der Sicherheitsdialoge, erinnerte an den Fall der Mauer, fast auf den Tag vor dreißig Jahren, an das Ende des Kalten Krieges und den Beginn einer neuen geschichtlichen Epoche in Europa. Deutschland konnte sich als Hauptprofiteur des politischen Umbruchs in Europa fühlen. Aber: Haben wir das verstanden? Handeln wir entsprechend? Die Hoffnung, nur noch von Freunden umgeben zu sein und in einer Lage zu leben, in der alle Konflikte und Krisen der Welt verschwunden sind, erwies sich als Trugschluss. Es kamen neue sicherheitspolitische Herausforderungen auf. Stichworte sollen genügen: Unruhen in den Mittelmeerregionen, Instabilität in Osteuropa, eine geopolitisch andere Orientierung der USA. Hinzu traten neu entstehende Machtstrukturen und globale Risiken. Es ist klar geworden, dass diese neuen Entwicklungen keine Nation allein beherrschen und befrieden kann. Dafür reichen Ressourcen, Führungskönnen und Führungswillen nicht aus. Forderungen, dass Deutschland sich stärker sicherheitspolitisch engagieren müsse, kamen seit 2014 immer wieder auf. Diese Forderung fand dann im Weißbuch 2016 der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik Eingang.

Führung ist nicht kostenlos

Der Berliner Politologe Herfried Münkler provozierte: Die Deutschen haben sich als Kommentatoren der Weltpolitik gut eingerichtet. Aber es fällt Deutschland schwer, Führungsverantwortung zu übernehmen. Als Beispiel diente Münkler die Flüchtlingskrise im Herbst 2015. Führung und Verantwortung erfordern es, auch Kosten und Lasten zu übernehmen. Daran aber mangelte es in Deutschland.

Die Bürger müssen davon überzeugt werden, dass Deutschland auch Führung übernehmen muss. Politik muss Entscheidungen nicht nur treffen, sie muss sie auch kommunizieren, erklären und um Unterstützung werben. Der Wille zur Verantwortung muss



Herfried Münkler: Die Deutschen haben sich als Kommentatoren der Weltpolitik gut eingerichtet



Kersten Lahl erinnerte an den Fall der Mauer

bei der Bevölkerung geweckt werden. Nicht zu führen, also Führungsverweigerung, kann auch Kosten verursachen. Nichtführung ist angenehm, sie erfordert nichts.

Zerfallender Westen

Münklers Diagnose ist eindeutig: Der Westen ist zerfallen, gegenseitiges Vertrauen unter den westlichen Staaten ist kaum zu



Der Präsident der BAKS, Ekkehart Brose, im Dialog mit der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes

finden, die alten Ordnungen wird es in Zukunft nicht mehr geben. Er meinte, die USA als „Hüter der Ordnung“ hätten sich zurückgezogen und ein Sicherheitsdilemma hinterlassen. Das führe dazu, dass die Rüstungsausgaben in vielen Staaten erheblich steigen werden – eine sicherlich nicht unumstrittene These.

China sichert zurzeit nach Müncklers Analyse seine Einflussphären, zum Beispiel durch die neue Seidenstraßen-Initiative. Das Interesse an Rohstoffen z.B. in afrikanischen Staaten nimmt nicht ab. Ökonomische Verflechtungen in der Weltordnung werden zunehmen, westliche Werte werden sich nicht auf Dauer durchsetzen können. Die Player der Zukunft werden die USA, China, Europa, aber nur, wenn es sich einigt ist, Russland, weil es eine Nuklearmacht ist, und Indien sein. Kein lateinamerikanischer Staat, kein afrikanischer oder muslimischer ist hier dabei.

Europa zusammenhalten

Münckler stellte die Frage: Welche Rolle soll und kann Deutschland in den Veränderungen der Weltordnung übernehmen? Deutschland traut Münckler zu, Akteur bei einer Neuordnung zu werden, aber nur in enger Kooperation mit Frankreich.

Die Akteure der Sicherheitspolitik müssen sich auch der Frage stellen: Welche Konfrontationen sind zukünftig zu erwarten? Seine Antwort ist: Klassische Staatenkriege werden wohl keine bedeutende Rolle mehr spielen. Stattdessen werden Terrorismus, Drohnen- oder hybrider Krieg eine wichtige Rolle spielen. Zentrale Herausforderungen der Friedensstabilität, wenn man in den Mittleren Osten, den Iran, Saudi-Arabien oder in die Türkei schaut, sind heute anderer Art und nicht mehr nur mit militärischen Mitteln sicherzustellen.

Wie sieht uns das Ausland?

Was erwarten die Partner von Deutschland? Die Botschafter von Frankreich, den Niederlanden und Polen waren gekommen. Der stellvertretende Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, Botschafter Boris Ruge, stellte sich ebenfalls diesem Thema. Die Bandbreite der Diskussion ging von Rüstungskontrolle über die gemeinsamen militärischen Großverbände, eine Europäische Armee, einen Europäischen Sicherheitsrat und die Zuneigung Polens zu den USA. Da besteht noch Diskussionsbedarf. Einig waren sich die Diskutanten, dass die Sicherheit Europas nur gemeinsam erreicht werden kann. Sicherheitspolitische Themen werden in der Bevölkerung zu wenig kommuniziert. Es gilt aber auch, dass Bedrohungswahrnehmungen in den Ländern unterschiedlich sind.

Studentisches Projekt

Mit einem Experiment beschäftigten die Mitglieder des Bundesverbandes für Sicherheitspolitik an den Hochschulen die Teilnehmer am Sicherheitsdialog 2019. Sie nahmen unterschiedliche Rollen an: Zuschauer, Feldspieler oder Schiedsrichter. Mit ihren Thesen suchten sie, die Teilnehmer zum Mitmachen anzuregen. Je nach Selbsteinschätzung konnten die Zuhörer dann eine Funktion annehmen und ihre Position verteidigen. Es war ein gelungenes Experiment für Vortragende und Diskutanten, das wiederholt werden sollte.



Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

53111 Bonn, Wenzelgasse 42, Tel.: (0228)652556. E-Mail: geschaeftsstelle@gsp-Sipo.de

Sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit für Jedermann

Die GSP widmet sich als unabhängiger und überparteilicher Verein mit ihren rund 100 Sektionen, unterstützt von über 6.000 Mitgliedern, der Vermittlung sicherheitspolitischen Verständnisses in der Bevölkerung.

Veranstaltungsangebot

Die Sektionen als Hauptträger unserer Öffentlichkeitsarbeit veranstalten Vorträge, Seminare, Symposien und Kongresse sowie Informationsbesuche und Exkursionen für alle interessierten Bürger.

Gemeinnützigkeit

Die GSP ist wegen ihrer besonders förderungswürdigen satzungsgemäßen Aufgaben durch Freistellungsbescheid des Finanzamtes Bonn-Innenstadt Steuernummer 205/5764/0498, als gemeinnützig und spendenfähig anerkannt worden.

Spendenkonto

Sparda-Bank eG Köln IBAN DE53 3706 0590 0200 6402 20

Präsident: Prof. Dr. Johannes Varwick

Geschäftsführer: Reiner Wehnes

Vereinsregister-Nr.: 5684, Amtsgericht Bonn

Gliederung/Kontakt

Die GSP gliedert sich in 7 Landesbereiche und 2 selbstständige Sektionen, die direkt dem Vorstand unterstellt sind. Sie erreichen sie wie folgt:

Landesbereich Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg (Tel.: 04331/696174)

Landesbereich Niedersachsen und Bremen (Tel.: 04761/70121)

Landesbereich Nordrhein-Westfalen (Tel.: 0172/3034560)

Landesbereich Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland (Tel.: 02255/4258)

Landesbereich Baden-Württemberg (Tel.: 0711/605555)

Landesbereich Bayern (Tel.: 08239/7114)

Landesbereiche Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen (Tel.: 030/36289697)

Selbstständige Sektion Bonn (Tel.: 0151/155677401)

Selbstständige Sektion Berlin (Tel.: 0176/23366939)

Innenansicht

Welche Rolle kann und sollte Deutschland spielen? Der CDU-Bundestagsabgeordnete Andreas Nick erläuterte, wie und wo



Anne-Kathrin Herlitze vom Bundesverband für Sicherheitspolitik an Hochschulen

Deutschland sich in den letzten Jahren politisch und militärisch engagiert hat. Der Grünen-Abgeordnete Omid Nouripour rückte die teilweise negative Berichterstattung über die Bundeswehr zurecht und meinte, dass sie mehr kann als immer gedacht wird. Für die Wissenschaftlerin Claudia Major (Stiftung Wissenschaft und Politik) ist Sicherheitspolitik ein „Problemkind“. Wenn Führungsentscheidungen gefällt wurden, z.B. in der Euro-Krise, hagelte es auch schnell wieder Kritik. Der Politologe Stefan Fröhlich von der Universität Erlangen meinte, die deutsche Gesamtbilanz bei Führungsentscheidungen in den letzten Jahren sei gar nicht so schlecht. Für Jan Techau, der beim German Marshall Fund arbeitet, ist klar, dass Deutschland führen muss und die Bevölkerung von der Notwendigkeit dazu überzeugen kann. Die Frage des Präsidenten der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Johannes Varwick: „Ist unser politisches System geeignet für Sicherheitspolitik?“ wurde unterschiedlich beantwortet. „Institutionen machen keinen Sinn“ (Major), wichtiger ist nachzudenken, was an Krisen auf uns zukommt. Gefordert wurde die Führung einer strategischen Debatte, eine politisch-strategische Ausbildung für das Führungspersonal und die Evaluierung von Bundeswehreinsätzen. Diese Hausaufgaben an der „Heimatfront“ müssen erledigt werden. Es ist auch wichtig, einmal aufzuzeigen, welche die Alternativen für „Nichtstun“ sind. Die Zuhörer in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt in Berlin hatten eine hohe



Stefan Fröhlich, Claudia Major, Andreas Nick, Johannes Varwick, Omid Nouripour und Jan Techau

Erwartungshaltung, die schon durch die Sicherheitsdialoge in den vergangenen Jahren gegeben war. Damals waren die Themen: Fluchtursachen und Migration, Russland und der Umgang mit Atomwaffen. Und nun in diesem Jahr: Wieviel Führung verlangt Verantwortung? Der Präsident der Gesellschaft für Sicherheitspolitik, Johannes Varwick, dankte den Kooperationspartnern des Sicherheitsdialogs, dem Presse- und Informationsamt der

Bundesregierung, der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, dem Bundesverband für Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH) und dem Mittler Report Verlag.

Anmerkung: Der 4. GSP-Sicherheitsdialog wird als Broschüre veröffentlicht. Das Erscheinungsdatum ist auf der Homepage www.gsp-sipo.de nachzulesen.



Wir suchen Verstärkung!

Unterstützen Sie unser bürgerliches Engagement für Frieden, Freiheit und Sicherheit

als ehrenamtlicher Funktionsträger

MACHEN MIT! SIE